

Der Grosse Rat des Kantons Bern

Dienstag (Vormittag), 19. Januar 2016

Finanzdirektion

15 2015.RRGR.577 Motion 161-2015 Zryd (Magglingen, SP)
Stopp dem Volkssport «Steuerhinterziehung»

Vorstoss-Nr.: 161-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 01.06.2015
Eingereicht von:

Zryd (Magglingen, SP)
(Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: _____ 0
Dringlichkeit gewährt: Nein 04.06.2015
RRB-Nr.: 1439/2015 vom 2. Dezember 2015
Direktion: _____ Finanzdirektion

Stopp dem Volkssport «Steuerhinterziehung»

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, um den Umfang der Steuerhinterziehung zu reduzieren.

Begründung:

Kürzlich bekundete der Zürcher FDP-Nationalrat und Banker Portmann, dass das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz weit grösser als gedacht sei. Mit dieser Aussage bekräftigte er die langjährigen Bedenken der SP. Im Jahr 2007 war der Regierungsrat der Meinung, dass auf Grund der umfangreichen und vielfältigen Informationen, die der Steuerverwaltung im Veranlagungsprozess zur Verfügung standen, das Potenzial zur Verheimlichung steuerbarer Einkommen und Vermögen auf ein vertretbares Mass beschränkt war. Mit dem heutigen Wissensstand kann der Regierungsrat kaum an seinen Standpunkten aus dem Jahr 2007 festhalten.

Begründung der Dringlichkeit: Die Thematik der Steuerhinterziehung ist hochaktuell und brisant. Nach den grossen Sparpaketen kann es sich der Kanton Bern nicht leisten, auf Steuereinnahmen zu verzichten.

Antwort des Regierungsrats

Die Motionärin nimmt Bezug auf Aussagen von Nationalrat Hans-Peter Portmann, wonach er heute anerkennen müsse, dass Steuerhinterziehung auch in der Schweiz verbreitet sei. Seine Aussagen stehen im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) und seiner Idee zur vorgängigen Einführung einer grosszügigen Steueramnestie. Eine solche soll Schweizern erlauben, Konti offenzulegen und allenfalls ins Inland zu transferieren, ohne dass der Staat sie straft und die gesparten Steuern mit Zinsen nachträglich vollständig eintreibt. Zusätzliche Steuerinspektoren lehnt Nationalrat Portmann hingegen ab.¹

Der Grosse Rat hat sich zuletzt am 18. März 2013 mit dem Thema befasst, wo er entsprechend dem Antrag des Regierungsrates die Ziffern 2 und 3 der Motion 191-2012, SP-JUSO-PSA «Schluss mit Steuerbeschluss – Schluss mit Diebstahl am Volk»² mit 78 zu 65 Stimmen (bei null Enthaltungen) als Postulat überwiesen hat. Die als Postulat überwiesenen Ziffern lauten wie folgt:

¹ So in der Berner Zeitung vom 11.05.2015: „Steuerhinterziehung: FDP-Banker gibt SP recht“.

<http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Steuerhinterziehung-FDPBanker-gibt-SP-recht/story/23526294>

² <http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaeft.gid-2f31f176ef9245d69a4c693d0489b6ec.html>

1. Im Interesse aller ehrlichen Personen und Firmen schlägt der Regierungsrat dem Grossen Rat ein Massnahmenpaket zur verstärkten Bekämpfung der Steuerhinterziehung vor.
2. Das Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beinhaltet unter anderem eine verstärkte Steuerinspektion sowie Massnahmen für eine höhere Transparenz bei Einkommen und Vermögen.

Die Prüfung der beiden Anliegen steht noch aus. Die vorliegende Motion nimmt diese Anliegen auf und fordert ebenfalls zusätzliche Massnahmen, um den Umfang der Steuerhinterziehung zu reduzieren. Der Regierungsrat beantragt deshalb Annahme der Motion als Postulat.

Der Regierungsrat wird bei der Behandlung der Anliegen die aktuellen Entwicklungen auf internationaler Ebene mitberücksichtigen. Mit der anstehenden Einführung des AIA wird ein neues Instrument eingeführt, das zur Aufdeckung nicht versteuerter Einkünfte und Vermögenswerte beitragen wird. Der Regierungsrat geht davon aus, dass wegen der anstehenden Einführung des AIA in naher Zukunft mit einer deutlichen Zunahme von (straflosen) Selbstanzeigen zu rechnen ist.

Wer sich im Rahmen der (einmal im Leben möglichen) straflosen Selbstanzeige selber anzeigt, muss alle bisher nicht deklarierten Einkommens- und Vermögensbestandteile offen legen und vorbehaltlos mit der Steuerverwaltung kooperieren. Diese Einkommen und Vermögen werden bei der straflosen Selbstanzeige rückwirkend besteuert (maximal 10 Jahre) und zusätzlich werden darauf Verzugszinsen erhoben, dagegen wird auf eine Busse bzw. Strafverfolgung verzichtet. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass mit der einmaligen straflosen Selbstanzeige ein wirkungsvolles Instrument zur Legalisierung nicht deklarerter Vermögen gefunden wurde. Ob und in welcher Form eine Verstärkung der Kontrollmechanismen sinnvoll erscheint, wird noch zu prüfen sein.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Vizepräsident. Der Regierungsrat würde diesen Vorstoss als Postulat annehmen. Das ist jedoch von der Motionärin bestritten. Wir führen eine freie Debatte.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Wie Sie der Antwort der Regierung entnehmen konnten, ist sie diesem Geschäft grundsätzlich wohlgesinnt, doch ist sie für mich klar zu zögerlich. Wir wissen von verschiedensten Seiten, dass im Kanton Bern jährlich Milliarden von Steuergeldern hinterzogen werden und so verloren gehen. Sicher ist das ein Schätzwert, aber auch wenn es sich nur um einen Bruchteil dieses Schätzwertes handeln würde, wäre das sehr, sehr viel Geld. Ich denke, hier im Saal ist allen klar, dass wir auf dieses Geld nicht verzichten können und auch nicht verzichten wollen. Für mich ist das ganz wichtig: Steuerhinterzieher müssen zur Kasse gebeten werden und man muss so dem ehrlichen Steuerzahler gerecht werden. Es kann nicht sein, dass bei ein paar Leuten so viel erlaubt ist und bei anderen nicht. Man kann nur dann im grossen Stil Steuern hinterziehen, wenn man sehr wohlhabend ist und sehr gut verdient. Ein Beispiel ist, wenn man den Kapitalgewinn nicht sauber deklariert. Ein normal Verdienender oder jemand, der wenig verdient, hat diese Möglichkeit gar nicht, das ist überhaupt nicht attraktiv für ihn. Mit den mehreren Millionen oder sogar Milliarden, die wir so einspielen könnten, hätten wir vielleicht sogar irgendwann einmal die Möglichkeit, die Steuern zu senken. Es klingt schon fast merkwürdig, wenn wir von der SP das sogar befürworten würden. Aber es ist eine Tatsache: In diesem Fall hätten wir dann wirklich genug Geld, um es allenfalls zurückzugeben.

Die Antwort der Regierung enthält für mich zwei wichtige Punkte. Erstens gibt die Regierung zu, dass das Postulat von Roland Näf, das in der letzten Legislatur eingereicht worden ist, immer noch hängig und noch nicht überprüft worden ist. Sie ist zwar willig, dies anzugehen, aber zurzeit ist es immer noch hängig. Zweitens sagt die Regierung, seit der Einführung des AIA und mit der Selbstanzeige sei wahrscheinlich ein griffiges Instrument vorhanden, um das Geld einzuspielen. Nota bene wurden in dieser Zeit bereits mehr als 80 Mio. Franken eingespielt, also ein sehr grosser Betrag. Fazit der SP-JUSO-PSA-Fraktion und auch von mir: Ein Postulat genügt nicht. Wir fordern griffige Massnahmen und wir wollen nicht wieder vertröstet werden. Inspektoren wären eine Möglichkeit, ich lasse das in meiner Formulierung offen. Vielleicht hat die Regierung eine bessere, innovative Lösung; ich weiss es nicht. Inspektoren kosten nicht sehr viel, auch wenn einer davon einen top Lohn hat, denn er wird wieder mehrere Millionen einspielen. Das möchte ich aber der Regierung überlassen. Bitte setzen Sie hier ein Zeichen und akzeptieren Sie nicht, dass in grossem Umfang Steuern hinterzogen werden können und wir hier dann wieder Sparmassnahmen beschliessen müssen.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Volkssport Steuerhinterziehung. Man könnte also von Mehreinnah-

men in der Höhe von mehreren Millionen, vorhin war sogar die Rede von Milliarden, träumen. Da kann ich nur sagen: Träumt weiter! Das ist einmal mehr ein Vorstoss der sozialistischen Fraktion der untersten Schublade. Nach SP-Grossrat Näf und Frau Nationalrätin Kiener Nellen will sich jetzt auch Andrea Zryd profilieren und wird dann sicher auch noch unterstützt vom grünen Hasim Sancar, der bei diesem Thema wohl nicht darum herum kommen wird, hier etwas zu sagen. Hass, Neid und Verunsicherung sprechen für uns aus dieser Motion (*Heiterkeit*). Nachdem man es bei den Pauschalbesteuerten immer wieder x-fach versucht hat, geht man nun hemmungslos auf alle Steuerzahler in diesem Kanton los, und unterstellt indirekt jeder Bürgerin und jedem Bürger Steuerhinterziehung. Schon der frühere Titel «Lugibüchli», als die Steuerzahlen publiziert wurden, sagt eigentlich dasselbe: Man unterstellte pauschal all denjenigen, welche die Steuererklärung ausfüllten, sie würden den Staat betrügen. Indirekt versucht man zu behaupten, es würden Steuern hinterzogen, und das sei ein Volkssport. Fast jeder mache das, und es brauche dringende Massnahmen, sprich: mehr Kontrollen, mehr Beamte, mehr Beamte, mehr Beamte. Das ist genau das, was Ihnen gefällt. Statt wie bisher Vertrauen in den Bürger zu haben, soll Misstrauen vorherrschen. Dabei ist es gerade die Errungenschaft der Schweiz, dass der Staat seinem Bürger Vertrauen schenkt. Er gibt ihm die Möglichkeit, eine Waffe zu Hause aufzubewahren, er glaubt ihm, wenn er die Steuererklärung selber ausfüllt, er glaubt diesen Zahlen. Wo kämen wir hin, wenn wir das Denken der SP, der Grünen oder von Andrea Zryd hätten?

Ich zeige Ihnen das auf: Andrea Zryd hat ihren Wohnsitz von Adelboden nach Magglingen gewechselt. Warum, waren es sportliche und waren es steuerliche Gründe? Ich erfragte die Steuerzahlen von Andrea Zryd in Magglingen, denn es ist doch sicher interessant zu wissen, wie viel Steuern sie hier im Kanton bezahlt. Ich erhielt von der Gemeindeverwaltung Evilard zur Antwort, es brauche entweder von der steuerpflichtigen Person eine schriftliche Einwilligung, oder ich würde die Steuerzahlen erhalten, wenn ich nachweisen könne, warum ich das wissen müsse. In diesem Fall würde sie anschliessend die steuerpflichtige Person informieren. Wir wissen also die Steuerzahlen nicht. Gibt es etwas zu verheimlichen? Ich weiss es nicht, aber wenn man das Misstrauen fortführen würde, das Sie haben, müsste man davon ausgehen. Ich weiss nicht, ob sie die Mandatseinnahmen von Swiss Olympic oder der Swiss Ice Hockey versteuert? Ich gehe davon aus und ich glaube den Zahlen, die du angibst, Andrea, denn ich finde, dass die Steuerverwaltung dir als Bürgerin dieses Kantons etwas glauben muss. Wir werden es also nie erfahren, doch die SVP vertraut Andrea Zryd, dass sie keine Steuern hinterzieht, und wir vertrauen ihr offenbar mehr als sie uns. Unsere Erfahrungen mit der Steuerverwaltung lassen darauf schliessen, dass diese durchaus Kontrollen durchführt. Sie verlangt Zusatzbelege und jeder, der auch für andere Menschen Steuererklärungen ausfüllt, hat diese Erfahrung bereits gemacht. Teilweise ist es sogar nervig, wenn sie auch für die kleinsten Dinge Zusatzangaben verlangt. Aber für uns ist das ausreichend, es braucht keine zusätzlichen Kontrollen. Die Steuerverwaltung macht ihren Job heute gut, und die SVP lehnt diese Motion und selbstverständlich auch ein Postulat einstimmig ab. Es braucht hier gar nichts.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Im Gegensatz zu meinem Vorredner will ich diesen Vorstoss nicht torpedieren, indem ich auf Personen schiesse. Vielmehr werden wir diesen Vorstoss aus einem anderen, nämlich einem technischen Grund als Motion ablehnen. Grundsätzlich haben wir unsere Argumente bereits in der Debatte rund um die Motion Näf hier deponiert, was Steuerhinterziehung, Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit anbelangt. Dieser Vorstoss wurde im März 2013 als Postulat überwiesen. Er beinhaltet ein umfassendes Prüfungspaket, wie Steuerhinterziehung auch im Kanton Bern eingedämmt werden kann. Wir müssen der Verwaltung Zeit lassen, die hochkomplexen Fragen, die mit dieser Forderung verbunden sind, zu bearbeiten. Aus diesem Grund werden wir den vorliegenden wie auch den damaligen Vorstoss als Postulat überweisen, also als Zeichen, dass wir grundsätzlich damit einverstanden sind, Massnahmen zu prüfen, wie die Steuerhinterziehung bekämpft werden kann. Wir lehnen Steuerhinterziehung grundsätzlich ab und sind auch bereit, Massnahmen mitzutragen. Aber wir helfen nicht mit, jetzt hier mit einer Durchsetzungsmotion auf das Postulat zu reagieren, gleich wie wir auch andere Durchsetzungsvorstösse nicht unterstützen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen und ansonsten abzulehnen.

Hubert Klopfenstein, Zweisimmen (FDP). Es wurde bereits mehrmals gesagt: Volkssport Steuerhinterziehung. Laut Motionärin betrifft dies offenbar alle Bevölkerungsschichten, offenbar parteiübergreifend. Der Vorstoss kommt recht sportlich daher und ist entsprechend kontur- bis hilflos und sehr offen formuliert. Dieses Thema haben wir hier schon x-mal diskutiert, er hat also etwas Ewig-

gestriges. Diesbezüglich kann ich Herrn Fuchs unterstützen. Die Motionärin dramatisiert vehement und will nicht erkennen, dass in den vergangenen fünf bis sieben Jahren einiges passiert ist, gerade im Hinblick auf das AIA, den Informationsaustausch. Diejenigen, die es trifft, nennen es auch AUA statt AIA. Das Informationsaustauschsystem kam auf Druck der EU in Zusammenarbeit mit dem gefügigen Bundesrat zustande, der ja dann noch weiterging, als die EU verlangt hatte. Wenn man sich in Bankenkreisen oder Anlageberaterkreisen umhört, wird deutlich, dass der Schweizer Bürger immer mehr zur Selbstdeklaration schreitet, zur Selbstanzeige. Dort hat also in den vergangenen 5 bis 7 Jahren eindeutig ein Umdenken stattgefunden. Dies gerade im Rahmen von Erbschaftsangelegenheiten und so weiter. Das gibt die Regierung ja auch zu. Es läuft jetzt fast von selbst und man muss weiss Gott nicht mehr viel dafür tun. Es fragt sich, ob sich der Aufwand für das Schaffen einer neuen Stelle lohnt und das wäre auch wieder ein Widerspruch zur vorangehenden Motion.

Die Regierung will diesen Vorstoss als Postulat annehmen; wir sind nicht so glücklich damit. Man kann das so machen, aber in diesem Fall verlangt die FDP, dass man ihn zugleich auch abschreibt. Es gibt nicht noch mehr zu tun. Die Antwort der Regierung ist gut. Sollte wider Erwarten ein Postulat angenommen werden, kann man das Postulat als erfüllt abschreiben. Deshalb hier von Seiten der FDP ein Abschreibungsantrag.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Das Ausmass der Steuerhinterziehung ist offenbar grösser als gedacht, wie auch ein bürgerlicher Nationalrat und Banker sagt. Trotzdem würde ich dies nicht als Volkssport bezeichnen. Um diesen Sport betreiben zu können, müssen die Leute über die entsprechenden Ressourcen verfügen. In einem Kanton, in dem 12 Prozent der Bevölkerung an der Armutsgrenze lebt, deren Krankenkassenprämienverbilligungen ständig noch weiter reduziert werden, kann hier nicht von einem Breitensport gesprochen werden. Die Angestellten haben ja ihre Lohnausweise und müssen die entsprechenden Steuern abliefern. Ich weiss, dass du das im übertragenen Sinn gemeint hast, aber trotzdem: Es ist ein Teil einer privilegierten Minderheit, die über Mittel und Möglichkeiten verfügt, die Steuerhinterziehung betreibt. Das Ausmass dieser Minderheit ist dennoch grösser, als manche Politikerinnen und Politiker uns vormachen möchten, indem sie immer wieder von einer Minigruppe sprechen.

Die grüne Fraktion ist erstaunt über die Antwort des Regierungsrats, weil er die Massnahmen gegen Steuerhinterziehung auf die straflose Anzeige, anders gesagt auf eine Amnestie bei der Steuerhinterziehung reduzieren möchte. Es braucht zusätzliche und griffige Massnahmen um zu verhindern, dass Steuergelder an der Staatskasse vorbeigeschleust werden können. Die Grünen werden die Motion unterstützen. Ich wurde vorhin wieder angesprochen, aber ich glaube dieser Fall ist abgeschlossen. Wenn jemand Steuerangaben von anderen recherchiert, sollte er zuerst seine eigenen Steuerangaben offen legen.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Ich nehme es vorneweg: Die EVP unterstützt die Forderung in Form einer Motion. Warum? Der Prüfungsauftrag erfolgte bereits im März 2013. Seither sind knapp drei Jahre vergangen. In der Antwort auf die Motion steht, «die Prüfung der beiden Anliegen steht noch aus». Die EVP ist überzeugt, es braucht Massnahmen, damit der Umfang der Steuerhinterziehung reduziert werden kann. Drei Jahre Prüfung sind genug, um die richtigen Massnahmen zu definieren. Eine straflose Selbstanzeige allein genügt uns als Massnahme nicht. Mit der Unterstützung der Motion setzen wir uns dafür ein, dass die Kontrollmechanismen verstärkt werden und der Umfang der Steuerhinterziehung reduziert werden kann. Wir stimmen der Motion zu. Ein weiterer Prüfauftrag bringt uns nicht weiter.

Daniel Hügli, Biel/Bienne (SP). Die sogenannte sozialistische Fraktion SP-JUSO-PSA unterstützt dieses Anliegen als Motion. Es ist tatsächlich so: Vor bald drei Jahren war man sich einig, dass etwas geschehen muss. Es wurde ein Postulat überwiesen, doch leider ist bis heute fast nichts passiert, und es gibt nur eine Möglichkeit, dort etwas Druck aufzusetzen, nämlich mit einer Motion. Das ist jetzt aus unserer Fraktion heraus geschehen, und wir hoffen, dass sie unterstützt wird, denn inhaltlich sind wir uns ja einig. Jetzt sollte es vorwärtsgehen, denn drei Jahre sind genug um sich erste Gedanken zu machen. Jetzt sollte man langsam an die Umsetzung gehen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss als Motion zu unterstützen.

Martin Egger, Frutigen (glp). Wir sind uns sicher alle einig: Mit diesen Steuersünden sollte wirklich einmal aufgeräumt werden. Die Frage ist aber die Höhe des Kostenaufwandes, um wirklich ans Ziel zu gelangen. Der eine oder andere Steuerinspektor würde sicher die Kosten seiner Entschädigung

wieder einbringen, aber ob es wirklich sinnvoll ist, gleich so stark darauf loszugehen, ist für mich tatsächlich eine Frage. Der grosse Rat hat sich im März 2013 mit diesem Thema befasst und die Ziffern 1 und 2 der Motion 191-2012 «Schluss mit Steuerbeschluss – Schluss mit Diebstahl am Volk» als Postulat überwiesen. Daran muss jetzt noch gearbeitet werden, das Tempo ist für die glp richtig. Nach der Überprüfung dieser beiden Anliegen sollte man dann sicher einen Schritt weiter kommen. Auch sollte man die internationale Entwicklung abwarten und auch diese berücksichtigen. Der glp geht die vorliegende Motion fast ein bisschen zu weit, aber als Postulat wird dieser Vorstoss unterstützt und zwar als Zeichen, dass wir den Steuersünden auf die Pelle rücken wollen.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). «Stopp dem Volkssport «Steuerhinterziehung»»: Dieser Titel ist übertrieben und für viele beleidigend. Wir brauchen nicht noch mehr Steuerkontrolleure. Bei den Steuern ist es wie im Spitzensport: Einige nehmen Doping und einige hinterziehen die Steuern. Aber die Steuerverwaltung macht ihre Arbeit gut und es bestehen bereits Massnahmen um die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Deshalb lehnt die EDU sowohl eine Motion als auch ein Postulat ab.

Roland Näf, Muri (SP). Ich möchte mich zuerst einmal bei Grossrat Leuenberger für sein differenziertes Votum bedanken. Etwas weniger bei Thomas Fuchs, aber immerhin hat er ein bisschen Humor gezeigt: Er hat sich beklagt, weil er die Daten nicht bekommen hat, wo er doch selber hier im Saal dazu beigetragen hat, dass man sie nicht mehr erfragen kann. Immerhin hast du dich noch bemüht.

Zuerst einmal eine Bemerkung zum Thema Steuersenkung: Wir haben dieses Wort bereits heute Morgen gehört, ich glaube von Frau Schöni, die sagte, dass das eigentlich ein Ziel wäre. Ich komme später nochmals darauf zurück. Angesichts des Umfangs der Steuerhinterziehungen, von dem man aufgrund der Forschung ausgehen muss, lässt sich Folgendes feststellen: Es ist unglaublich, um wie viel tiefer der Steuerbetrag der ehrlichen Steuerzahlenden im Kanton Bern wäre, wenn die unehrlichen wirklich dazu gebracht würden, ein bisschen ehrlicher zu werden. Das ist massiv.

Nun komme ich zu einer weiteren Thematik, die angesprochen wurde, nämlich zum Vorwurf der Dramatisierung. Es wurde auch gesagt, wir würden übertreiben. Die Schwierigkeit ist ganz klar der Informationsaustausch – er wurde von Seiten der FDP erwähnt. Es ist halt einfach so, das haben Sie auch in Zusammenhang mit dem Bundesratsentscheid gehört: Er funktioniert nur nach aussen. Ausländische Steuerbehörden wie zum Beispiel die USA erhalten diese Daten, nicht aber eine Schweizer Steuerbehörde, schon gar nicht eine kantonbernische. Und genau das ist das Problem. Jetzt noch etwas zur Selbstanzeige: Wie die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, würde die Selbstanzeige dann etwas bringen, wenn die Leute damit rechnen müssten, dass es offengelegt wird. Das war der Fall in den USA oder in Deutschland. In der Schweiz hat der Bundesrat mit der Unterstützung der eidgenössischen Räte anders entschieden. Von daher ist niemand zur Selbstanzeige gezwungen und es zeigen sich nach wie vor nur ein paar wenige Leute selber an.

Noch kurz zum Umfang: Es handelt sich dabei nicht um eine Schätzung der SP. Ich verweise zum Beispiel auf Hans-Ulrich Schöchli von der NZZ, welche nicht unbedingt eine linke Zeitung ist. Er rechnet mit einem Fünftel des Bruttosozialhaushaltseinkommens, und das ist viel. Es liegen uns Zahlen einer Studie aus dem Jahr 2006 von Professor Frey aus Zürich vor. Er rechnet mit einem Viertel. Wir können hier im Kanton Bern also wirklich von jährlichen Verlusten in der Höhe von 1 bis 2 Mrd. Franken ausgehen. Es wird sich in diesem Bereich bewegen, es geht also auf gar keinen Fall um weniger als 1 Milliarde. Das ist also massiv. Fazit: Wenn wir hier im Kanton Bern wirklich ernsthaft für die natürlichen Personen die Steuern senken wollen, müssen wir bei den Leuten hinschauen, die nicht ehrlich sind.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich möchte Ihnen nur ganz schnell ein kleines Münsterchen erzählen. Es handelt sich um ein Zitat, das am 11. Januar 2016 auf Twitter geschrieben worden ist. SVP-Nationalrat und Jurist Claudio Zanetti schrieb: «Steuerhinterziehung ist eine Form von Notwehr gegen den gefrässigen Fiskus». Ich dagegen sage: Steuerhinterziehung ist strafbar, und das sollte ein Jurist wissen.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die vorliegende Motion verfolgt Anliegen, die der Grosse Rat bereits am 18. März 2013 als Postulat überwiesen hat. Auch dort geht es um die verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Im Vordergrund stehen zwei Ansätze, nämlich die Erhöhung der Transparenz bei Einkommen und Vermögen der Steuerpflichtigen und der Ausbau der Steuer-

inspektoren. Der Regierungsrat ist dezidiert der Meinung, dass die bestehenden Kontrolldispositive gut ausgebaut sind, und dass wenig Raum und Möglichkeiten für Steuerhinterziehung bestehen. Die medial verbreiteten und in der Motion erwähnten Aussagen von Nationalrat Portmann zum Umfang der Steuerhinterziehungen muss man zwar sehr ernst nehmen. Allerdings sind sie im geäußerten Kontext zu verstehen. Worum ging es ihm? Er machte diese Aussagen vor dem Hintergrund der anstehenden Einführung des automatischen Informationsaustausches, und sie betreffen die nicht deklarierten Bankkonti von Schweizern im Ausland. Die Aussagen zum Umfang der Schwarzgelder im Ausland waren als Argument in Zusammenhang mit der Einführung der generellen Steueramnestie gedacht, die dann aber von den eidgenössischen Räten inzwischen richtigerweise abgelehnt worden sind. Zum generellen Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz lässt sich deshalb aufgrund der Aussagen von Nationalrat Portmann für die heutige Debatte nichts ableiten. Nichtsdestotrotz ist der Regierungsrat jedoch der Meinung, und zwar entschieden der Meinung, dass die Steuerhinterziehung im In- und Ausland weiterhin konsequent bekämpft werden muss. Der Regierungsrat begrüsst explizit die mit dem automatischen Informationsaustausch geschaffene Transparenz bei ausländischen Bankinformationen. Wir sind der Überzeugung, dass es sich dabei um einen bedeutenden Schritt in Richtung Verwirklichung der geforderten Transparenz bei Einkommen und Vermögen im internationalen Verhältnis handelt. Der Regierungsrat wird prüfen, wie der automatische Informationsaustausch zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung optimal umgesetzt und wie die Transparenz von Einkommen und Vermögen auch im Inland optimiert werden kann. Auch werden wir prüfen, welche Verstärkungen der steuerlichen Kontrollmechanismen unter Umständen angesagt sind. Der Regierungsrat bittet Sie jedoch, diese Motion als Postulat zu überweisen, also im Sinn, wie dies schon seinerzeit im März vor drei Jahren der Fall war, also als Prüfungsauftrag. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Antrag folgen.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich danke der Regierungsrätin für diese ausführliche Antwort. Ich muss noch auf zwei Punkte eingehen, zuerst an die Adresse der FDP: Es ist tatsächlich einiges gemacht worden, aber aus unserer Sicht halt einfach nicht genug. Es ist uns bewusst: Die Regierung ist dabei, dies umzusetzen. Aber wir wünschen uns mehr und griffigere Massnahmen. Im Rahmen der ASP mussten insbesondere bei der Finanzdirektion Einsparungen gemacht werden, das wissen Sie ja alle. Und genau in diesem Bereich wurden etwas mehr als 20 Stellen abgebaut. Hätte man diese Stellen erhalten können, hätten wir dieses Problem wahrscheinlich schon gelöst. Aber eben, Sie alle wissen, wer hier im Saal vor allem sparen wollte.

Noch an die Adresse von Thomas Fuchs: Ich nehme das mit Humor. Ich hätte übrigens auch kein Problem, das hier offen zu legen, aber ich weiss es nicht einmal. Aber ich sehe, dass du dich emsig auf meiner Webseite herumtreibst. Du siehst also, wo ich angestellt bin und was ich verdiene. Du kannst gerne einmal bei mir ein Konditionstraining geniessen (*Heiterkeit*). Ich denke das bräuchte ziemlich viel (*grosse Heiterkeit*), und das käme dich ziemlich teuer zu stehen, sodass ich sehr viel mehr verdienen und mehr versteuern würde. Das wäre dann allenfalls für den Kanton auch noch attraktiv. (*Heiterkeit*).

Noch ein letzter Punkt: Ganz viele Leute hier im Saal, übrigens auch ich und ein grosser Teil der SP, setzten sich für Sozialinspektoren ein. Ich finde das eine gute Sache, somit ist es aber doch nachvollziehbar, wenn man sich auch im Steuerbereich für Inspektoren ausspricht. Denn sonst ist das für mich nicht ganz transparent. Ich bitte Sie nach wie vor, diese Motion zu überweisen.

Präsident Marc Jost übernimmt wieder den Vorsitz.

Präsident. Damit stimmen wir über diese Motion ab. Im Fall einer Annahme besteht ein Antrag auf Abschreibung. Wer die Motion Zryd annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	54
Nein	84
Enthalten	0

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt.